* An Stelle des verstorbenen bayerischen Abgeordneten Dr. Rittler ist der frühere Reichstagsabgeordnete Universitätsprofessor Dr. v. Hertling als Candidat für den Landtagswahlkreis Traunstein aufgestellt. Frhr. v. Hertling wurde im vergangenen Winter öfters mit Unterhandlungen in den damaligen Wirren beauftragt, da er als Anhänger der gemäßigten Richtung und eines vernünftigen Ausgleichs bekannt war. Hertling hat sich zur Annahme des Mandats bereit erklärt. Da seine Wahl sicher ist, fehlt es der nächsten Kammermehrheit nicht an einem namhaften Vertreter der gemäßigten Rechten. Es ist dies ein neues Anzeichen dafür, daß im nächsten bayerischen Landtage der ruhigere Theil die Oberhand behalten wird und die Vorgänge des letzten Winters diesmal keine Wiederholung finden.

* * *

* Die Landtagswahlen der oberösterreichischen Landgemeinden sind in allen zwölf Bezirken klerikal ausgefallen. Dabei ist zwar nichts verloren worden, denn auch die bisherigen 19 Vertreter waren Klerikale, aber man hat dem neuen Kampfbischof von Taaffe's Gnaden in Linz den Sieg doch gar zu leicht gemacht. Die Liberalen ermannten sich erst am 21. August zu einem Parteitag in Linz, der, leider zu spät, einen schönen Wahlaufruf zusammenbraute, die gemäßigte Richtung der Geistlichkeit aber, die man als „Benedictinerpartei" bezeichnen mag, erwies sich als zu feig, um ihren jesuitischen Feinden durch Unterstützung bäuerlicher Selbstständigkeitsregungen Hindernisse zu bereiten. Nur in Schärding trat der gemäßigte Pfarrer Dr. Riedlbauer den jesuitischen Candidaten entgegen und unterlag denselben mit 21 gegen 46 Stimmen. Bei der Wahl der Städte und Handelskammern am 27. d. M. hofften die Deutschliberalen ihre bisherigen 17 Sitze zu behaupten. Der oberösterreichische Landtag zählte bis jetzt unter 50 Mitgliedern 33 Klerikale, 19 aus den Landgemeinden, 3 aus den Städten Enns, Ischl und Vöcklabruck, eine Virilstimme des Bischofs und 10 aus dem Großgrundbesitz. Der Großgrundbesitz ist durch Baron Pino künstlich klerikalisirt worden und kann durch eine neue Regierung für die Deutschliberalen zurückgewonnen werden. Früher ist für diese an eine Mehrheit im Landtage nicht zu denken. — In Kärnten wählten die Städte überall wie bisher deutschfortschrittlich. Zwei ihrer Mandate fielen der deutschnationalen Vereinigung Steinwender's zu. Professor Steinwender selber wurde mit 141 von 142 Stimmen, also fast einstimmig gewählt, während in Völkermarkt der gemäßigte Liberale Dr. Luggin, dessen Wahl im Großgrundbesitz gesichert ist, dem Deutschnationalen Plaweȝ Platz machte.

* Das russische Kaiserpaar wird, wie die „Indépendance belge" sich aus Kopenhagen melden läßt, dieser Tage auf Schloß Fredensborg erwartet, wo es mit dem König Georg von Griechenland zusammentrifft. Die übrigen Mitglieder der russischen Kaiserfamilie werden Anfangs September nach Dänemark kommen, woselbst Kaiser Alexander bisher alljährlich im Herbste Aufenthalt zu nehmen beabsichtige. Der russische Monarch liebt die ländliche Stille des Fredensborger Schlosses, während die Kaiserin den höchsten Werth auf das Zusammensein mit ihren königlichen Eltern legt, deren hohes Alter ihnen die Reisen an den russischen Hof zu sehr erschwert. Der Aufenthalt des russischen Kaiserpaares in Dänemark dürfte etwa vier Wochen dauern.

* Ein neues und solides Glied ist der Kette der englisch-italienischen Freundschaftsbeziehungen vor Kurzem eingefügt worden durch die Eröffnung einer subventionirten Dampferverbindung zwischen London und Neapel. Das Einweihungsdiner fand unter Vorsitz Signor Crispi's und in Gegenwart mehrerer am italienischen Hofe beglaubigten auswärtigen Vertreter statt. Es wurden enthusiastisch begrüßte Toaste auf den König von Italien, die Königin von England und auf die italienisch-britische Dampfschifffahrtsgesellschaft ausgebracht. Crispi betonte in seiner Ansprache den langjährigen Bestand der englisch-italienischen Allianz, welche zwei Staaten verbinde, die ihrer geographischen Lage und der Neigung ihrer Bevölkerung nach in erster Linie auf die See und auf Behauptung einer beherrschenden maritimen Machtstellung angewiesen seien. Er versprach dem neuen Unternehmen die ausgiebigste Unterstützung seitens der italienischen Regierung und gab ihm die besten Glückwünsche mit auf den Weg. Die öffentliche Meinung Italiens spricht sich einmüthig zu Gunsten der neuen Linie aus, welche eine empfindliche Lücke in den überseeischen Verbindungen des Landes ausfülle und ein weiteres Mittel zum engen Aneinanderschließen der beiden ersten Seemächte Europas bilden werde.

* Ueber die Corruption des französischen Wahlsystems führt der bekannte Statistiker Leroy-Beaulieu lebhafte Klage. Er bringt schlagendes Beweismaterial dafür bei, daß die Wählerlisten von den radicalen Wahlmachern im Vorhinein so angelegt werden, um den ihnen genehmen Candidaten den Sieg zu sichern; wenn trotzdem ein gegnerischer Candidat aus der Urne hervorgeht, so hilft man sich sehr einfach durch Fälschung der Ziffern. Kurz, nach Herrn Leroy-Beaulieu sind die Wahlen in der radicalen französischen Republik ebenso corrupt als in der nordamerikanischen, und sehr viele sog. Volksvertreter radicaler Observanz vertreten in Wahrheit nur eine Clique von Volksverräthern. Für Kenner der republikanischen Zustände sagt Herr Leroy-Beaulieu allerdings nichts Neues, befremdlich erscheinen möchte es höchstens, wie ein Mann von solcher Erfahrung noch darüber in Verwunderung gerathen kann. Gehört es doch zur notorischen Praxis aller vorgeschrittenen Richtungen, da, wo sie einmal die Mehrheit, gleichviel durch welche Mittel, erlangt haben, sie auch mit allem Mitteln aufrecht zu erhalten und gegnerische Bestrebungen in brutalster Weise zu terrorisiren. Wer das nicht in Ordnung zu finden wagt, der „fliegt hinaus".

* In England taucht wiederholt die Nachricht auf, der Erste Schatzlord und Führer der Regierungspartei im Unterhause, William Henry Smith, werde aus Gesundheitsrücksichten aus dem Hause der Gemeinen scheiden und unter irgendeinem Peerstitel in das Haus der Lords eintreten. Für die Uebernahme seiner Stellung werden drei Minister als Candidaten genannt; Goschen, Balfour und Hicks-Beach; doch soll der letztere die meisten Aussichten haben. Der Regierung scheint die Wahl schwer zu fallen, da sie keinen dieser Herren durch die Bevorzugung des einen oder des anderen verstimmen möchte; sie rechnet darauf, daß Smith, wenn es seine Gesundheitsverhältnisse irgendwie gestatten, noch für die nächste Session im Unterhaus ausharrt. — Die „Times" greift die von Sir Evelyn Baring geleitete Verwaltung Egyptens aufs Schärfste an. Den Anlaß dazu bietet ihr die Furcht vor dem Ausbruch der Cholera. Baring habe die Gesundheitsverhältnisse Egyptens, die Fürsorge für Reinlichkeit, für Spitäler, für reinliches Trinkwasser in Kairo vollständig vernachlässigt; er habe immer nur Ueberschüsse im Budget zu erzielen gesucht, diesem Zwecke jede nützliche, solide und dauernde Reform geopfert. Man kann es sich denken, daß diese Kritik des City-Blattes von den französischen Blättern begierig aufgegriffen und verwerthet wird.

* Die provisorische Regierung der Vereinigten Staaten von Brasilien hat, der „Politischen Correspondenz" zufolge, beschlossen, aus allen europäischen Staaten, welche die neue republikanische Staatsordnung Brasiliens bisher noch nicht anerkannt haben, ihre Gesandten abzuberufen und deren Posten bis auf Weiteres durch bloße Geschäftsträger versehen zu lassen. Während in Amerika die neue Staatsform von allen Staaten anerkannt wurde, geschah dies in Europa bekanntlich nur von Seiten Frankreichs, so daß diesem Beschlusse zufolge nur in Paris ein brasilianischer Gesandter verbleiben würde. Durch den Rücktritt des Finanzministers Ruiz de Barboza, welcher die Seele des Cabinets war, hat dieses einen sehr empfindlichen Schlag erlitten, um so mehr, als dieser junge, begabte Politiker nun zweifelsohne an die Spitze der Gegner des Präsidenten Fonseca und seines Anhanges treten wird. Barboza wurde zu seinem Rücktritt durch die steigende Belastung des Ausgabenbudgets bestimmt, welche durch eine fast allgemein durchgeführte 50 proc. Erhöhung der Officiers- und Beamtengehälter und des Soldes der Land- und Seetruppen verursacht wird, Maßregeln, durch welche Marschall Fonseca, ohne Rücksicht auf die daraus dem Lande erwachsende schwere Schädigung, sich eine kräftige Stütze für die Fortdauer seiner Dictatur zu sichern sucht. Auch anderweitige Mittel werden angewandt, um auf die Wählerschaft bei den im nächsten Monate stattfindenden Wahlen den größten Druck zu Gunsten der provisorischen Regierung auszuüben. Die Kammern sollen im November zusammentreten und sich dann sofort zu einer Constituante vereinigen. Gegenüber den großen Anstrengungen der provisorischen Machthaber, die Gunst der Bevölkerung für sich zu gewinnen, ist eine ziemlich ansehnliche Oppositionspartei in Bildung begriffen. Die finanzielle Mißwirthschaft der jetzigen Regierung und die unausweichliche Nothwendigkeit einer Steuererhöhung führt der Opposition immer mehr Anhänger zu.

Zur Lage.

** Berlin, 28. August. Wenn man den verschiedenen anscheinend officiösen Mittheilungen trauen darf, wird die Steuerreform, mit welcher der neue preußische Finanzminister vor den Landtag treten wird, eine sehr umfassende sein und sich jedenfalls nicht auf die Reform der Einkommensteuer beschränken. Während für diese die Declarationspflicht, die keineswegs dasselbe bedeutet, wie Selbsteinschätzung, eingeführt werden soll, wird auch eine Umgestaltung der allerdings auch recht reformbedürftigen Gewerbesteuer zugesagt, wodurch besonders das Kleingewerbe nach Möglichkeit entlastet werden soll, ferner ist, um das fundirte Einkommen in entsprechender Weise treffen und zu den Staatslasten heranziehen zu können, eine Abänderung und Erhöhung der Erbschaftssteuer in Aussicht genommen, die Grund- und Gebäudesteuer soll den durch die vorbereitete Landgemeindeordnung erst noch zu schaffenden Communen überwiesen werden, dafür dürfte dann die Lex Huene, nach welcher der bekanntlich auf Preußen fallende Antheil der Zölle auf landwirthschaftliche Erzeugnisse nach Abzug von 15 Millionen, welche an die Staatscasse fallen, an die Kreise und Gemeinden überwiesen wird, endlich in Wegfall kommen, kurz, die Fülle der auf steuerpolitischem Gebiete sich darbietenden Aufgaben ist so groß, die dabei zur Erwägung kommenden Fragen so mannigfaltig und vielumstritten, daß fast zu besorgen ist, eine Tagung werde nicht ausreichen, um alle diese Aufgaben zu bewältigen, alle diese Fragen gründlich zu lösen. Dem gegenüber heißt es, daß der Reichstag mit steuerpolitischen Gesetzentwürfen in seiner bevorstehenden Tagung verschont bleiben solle. Allerdings wird neben dem Etat die Durchberathung der Novelle zur Gewerbeordnung, abgesehen von den mancherlei Initiativanträgen, die ja gewiß nicht ausbleiben werden, dem Reichstage ausreichenden Berathungsstoff darbieten, abgesehen aber davon erscheint auch aus dem Grunde die Einbringung größerer steuerpolitischer Vorlagen nicht wahrscheinlich, weil die preußische Finanzreform erst die Grundlage zu bilden hat für ein reformatorisches Vorgehen auf finanzpolitischem Gebiete auch im Reiche. So sehr Herr Miquel es gewiß als die erste Aufgabe und das hauptsächlichste Ziel seiner Finanzkunst betrachten wird, die ärmeren Classen zu entlasten und in einer Verminderung ihrer directen Steuerlast ihnen einen Ersatz zu bieten für die vom Reiche auferlegten indirecten Steuern, die gerade die große Masse der ärmeren Bevölkerung treffen, so läßt sich doch mit Sicherheit erwarten — und wir meinen, daß nach seinen früheren Erklärungen auch dahin das Streben des neuen Finanzministers gerichtet ist —, daß die preußische Steuerreform auch eine nicht unerhebliche Vermehrung der Staatseinnahmen zur Folge haben wird. Erst dadurch wird die Möglichkeit zu einer Steuerreform im Reiche gegeben; erhöhen sich die preußischen Staatseinnahmen, so wird eine Verminderung der Ueberweisungen aus dem Reiche weniger empfindlich scheinen; diese Verminderung kann und wird eintreten einmal in Folge der Vermehrung der Ausgaben des Reichs, namentlich wird Niemand zu glauben wagen, daß wir schon am Ende der Anforderungen für militairische und Vertheidigungszwecke stehen, zum andern durch eine Herabsetzung der Reichseinnahmen. In dieser Beziehung wird man sich kaum der Täuschung hingeben können, daß die hohen Zölle auf die nothwendigen Lebensmittel, auf die agrarischen Producte, auf die Dauer aufrecht erhalten werden können. Wenn auch die Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt haben, daß ein mäßiger Getreide- und Viehzoll auch für die Consumenten nicht allzu lästig wirkt, so ist doch nicht daran zu denken, daß an den gegenwärtigen Zollsätzen noch lange festgehalten werden kann. Zudem hat aber auch schon Herr von Bennigsen darauf hingewiesen, daß der im Jahre 1892 bevorstehende Ablauf der Handelsverträge uns dazu nöthigen wird, auf die Frage einer Tarifreform zurückzukommen. Schwerlich dürfte dieselbe zu einer Erhöhung der Reichseinnahmen führen: zum Mindesten scheint heute der Höhepunct der Schutzzollperiode überschritten zu sein, und wenn die märkischen Handelsgärtner jetzt wieder mit der mehrfach schon zurückgewiesenen Forderung kommen, auf die Erzeugnisse der Gärtnerei einen Schutzzoll zu legen, so glauben wir, mißverstehen sie einigermaßen die Zeichen der Zeit, die den schutzzöllnerischen Bestrebungen namentlich in ihren exorbitanten Formen keineswegs mehr übermäßig günstig scheint. Eine Erhöhung der Reichseinnahmen steht allerdings auch durch die Reform der Zuckersteuer zu erwarten; denn die Aufhebung der Exportprämie erscheint doch heute nur noch eine Frage der Zeit, wenn auch das internationale Abkommen zur Beseitigung derselben an England gescheitert ist. Ob freilich die Erhöhung der Einnahmen durch die Zuckersteuerreform die anderweitigen zu erwartenden Ausfälle decken und auch zur Befriedigung neuer Bedürfnisse des Reiches ausreichen wird, darüber kann natürlich heute noch kein Urtheil abgegeben werden.

Vom Katholikentage.

* Daß auf dem Katholikentage in Coblenz die sociale Frage einen breiten Raum eingenommen hat, entspricht ebenso sehr den Traditionen dieser Versammlungen, wie es von Allen ohne Unterschied der Confession, welche den Ernst der Zeit begriffen haben, mit Freude begrüßt werden wird. Denn darüber besteht kein Zweifel, daß unsere ganze Cultur vor einer Katastrophe von unabsehbarer Tragweite nur behütet werden kann, wenn Alle, welche ernstlich eine solche Katastrophe vermieden zu sehen wünschen, zu gemeinsamer Arbeit zusammenstehen. Je anerkennenswerther wir also die Bemühungen auch der diesjährigen Generalversammlung der deutschen Katholiken auf socialem Gebiete anerkennen, um so entschiedener müssen wir doch auf eine Einseitigkeit in der Behandlung der Sache aufmerksam machen, welche uns eines tendenziösen Beigeschmackes nicht ganz zu entbehren scheint. Nach den Berichten, welche sich in Blättern der Centrumspartei finden, kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, als ob die geistige Leitung der Coblenzer Versammlung des Guten etwas gar zu viel gethan hätte, um gerade die katholische Bevölkerung bezw. die Centrumspartei als eine besonders zuverlässige Stütze einer Socialpolitik darzustellen, welche man mit geflissentlichem Nachdruck als „kaiserliche" bezeichnete. Man hat mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit einen großen Theil des deutschen Arbeitgeberthums, fast möchte man sagen: die nichtultramontane Mehrheit desselben wie Rebellen gegen die berechtigten Absichten der Krone behandelt und damit dem gegenwärtig von der Socialdemokratie mit Eifer verfolgten Bestreben, einen feindlichen Gegensatz zwischen dem Kaiser und der „Bourgeoisie" zu construiren, Vorschub geleistet. Der parteipolitische Zweck eines derartigen Vorgehens läßt sich ja leicht begreifen, aber von der Seite, gegen welche es gerichtet ist, wird der Protest nicht ausbleiben. Es giebt keine Richtung im deutschen Arbeitgeberthum, welche der menschenfreundlichen Absicht, wie sie in den kaiserlichen Erlassen vom 4. Februar enthalten ist, widerstrebte. Meinungsverschiedenheiten bestehen nur über das Tempo des Vorgehens und über die Zweckmäßigkeit einzelner Bestimmungen der zur Zeit dem Reichstage vorliegenden Gewerbeordnungsnovelle. Diese Meinungsverschiedenheiten nach bestem Wissen und Gewissen geltend zu machen, ist Pflicht des unabhängigen Mannes und thut der Loyalität keinen Abbruch. Diejenigen aber, welche aus diesen Differenzen Capital für ihre besonderen Parteizwecke zu schlagen suchen, handeln unpatriotisch, denn sie schädigen das so unentbehrliche Zusammenwirken aller Parteien.

Herr Windthorst hat auf der Coblenzer Katholikenversammlung beiläufig auch den dem Reichstag vorliegenden, von den liberalen Parteien ausgehenden Antrag auf Einführung einer constitutionellen Verfassung und Volksvertretung in jedem deutschen Bundesstaat berührt und sich ablehnend darüber ausgesprochen, weil die Angelegenheit nicht zur Competenz des Reichs gehöre. Der Antrag ist bisher im Reichstag nicht zur Verhandlung gekommen. Wenn das gesammte Centrum sich ablehnend verhält, wird der Antrag schwerlich eine Mehrheit finden, wie es in den siebziger Jahren wiederholt der Fall war. Schaden kann es aber auf keinen Fall, wenn die mecklenburgischen Verfassungszustände wieder einmal einer öffentlichen Betrachtung im Reichstag unterzogen werden.

* Coblenz, 28. August. In der heutigen letzten öffentlichen Versammlung sprach Pfarrer Wacker (Zähringen) über die Bedeutung der Katholikenversammlungen. Windthorst, welcher das friedliche Nebeneinanderleben aller Confessionen betonte, hob in seiner Rede noch hervor, die Bedeutung der diesjährigen Versammlung liege in der Behandlung der socialen Frage und in der Theilnahme von Vertretern aller Stände. Er empfahl schließlich die Unterstützung der Missionen und verlangte die Wiederzulassung der Orden, die christliche Schule und eine größere Autorität des Papstes. Zum nächstjährigen Versammlungsort wurde Danzig, eventuell eine Stadt in Bayern bestimmt. Erzbischof Krementz (Köln) wohnte der Versammlung bei.

Arbeiter-Bewegung.

* Magdeburg, 28. August. Die hiesigen Buchbindergehilfen haben in Ausführung eines Versammlungsbeschlusses den Meistern und Besitzern von Großbetrieben die folgenden Forderungen der Gehilfenschaft zur Bewilligung unterbreitet: 1) Zehnstündige Arbeitszeit; 2) wöchentlicher Minimallohn von 15 ℳ (bei Beköstigung im Hause des Meisters 6 ℳ); 3) procentuale Lohnerhöhung für Extrastunden. Wenn diese Forderungen bis zum 1. October nicht angenommen sind, erfolgt die Kündigung.

* Mons, 28. August. Nach dem gestrigen Meeting in Pâturages schlug ein Haufe von ungefähr 3000 Ausständischen die Richtung auf Dour und Wasmes ein, wurde jedoch von der Gendarmerie zerstreut, wobei vier Verhaftungen vorgenommen wurden. Die Zahl der Streikenden in dem gesammten ausständigen Gebiete hat sich heute auf 16 800 vermehrt.

* Mons, 28. August. Heute Nachmittag durchzogen etwa 300 Ausständische die Straßen von Quaregnon. Dabei sind einige gewaltthätige Scenen vorgefallen, indem Vorübergehende beschimpft und nicht am Ausstande theilnehmende Arbeiter angegriffen wurden.

* London, 27. August. In Cannock Chase in Staffordshire veranstalteten gestern 5000 Bergleute eine Kundgebung, um für die Achtstunden-Schicht in den Gruben Propaganda zu machen und für die Vertretung der Arbeiter als Classe im Parlament zu wirken. Hauptredner waren der Arbeiterabgeordnete Pickard und Charles Dilke, welcher des Oefteren sich schon für den gesetzlichen achtstündigen Arbeitstag ausgesprochen hat. Pickard konnte in seiner Rede eine erfreuliche Rückschau halten. Die Löhne der englischen Bergleute sind um 40 Procent in den letzten 2 Jahren gestiegen. 160 000 Bergleute ständen jetzt geschlossen gewerkvereinlich organisirt da und wüßten sich schon anständige Löhne und anständige Behandlung zu erzwingen. Yorkshire allein stelle 47 000 Mitglieder und habe 45 000 Pfund Sterling in der Casse. Der nationalen Organisation des Standes der Bergleute müsse die internationale folgen. Sir Charles Dilke citirte in seiner Ansprache den Oxforder Nationalökonomen Prof. Thorold Rogers, welcher zu dem Schlusse gekommen sei, daß lange Arbeitszeit ökonomisch nicht vortheilhaft wäre. In England sei die Arbeitszeit kürzer als auf dem Continent, Qualität, Menge und Werth des gelieferten Products aber größer. Sir Charles hielt dafür, daß sich die Bergwerksindustrie vor Allem zur versuchsweisen Einführung des gesetzlichen achtstündigen Arbeitstages eigne. Den letzteren auf andere Weise erzielen wollen, würde nur zu endlosen unheilvollen Streiks führen. Die gestern in Chesterfield zu dem gleichen Zwecke abgehaltene Kundgebung der Bergleute von Derbyshire war die größte, welche in der Grafschaft je vorgekommen ist. 11 Sonderzüge mußten eingestellt werden. — Die Vertreter von 30 000 Hauskohlen-Bergleuten von Südwales und Monmouthshire beschlossen gestern in Quakershard die Production einzuschränken, damit die jetzigen hohen Löhne erhalten bleiben. Vom nächsten Neujahr an soll einstweilen nur 5 Tage die Woche gearbeitet werden. Schon jetzt haben die Bergleute in ganz Wales einen Feiertag in jedem Monat.

Zur Frage der Fleischpreise.

* Ein Extrablatt zum Amtsblatt der Regierung zu Oppeln veröffentlicht eine Verordnung, betreffend die Genehmigung der Einfuhr von lebenden Schweinen aus Oesterreich-Ungarn in die oberschlesischen Schlachthäuser zu Beuthen, Gleiwitz, Myslowitz, Oppeln, Ratibor und Rybnik. Die Einfuhr ist bis auf Weiteres unter der Bedingung gestattet:

1) Daß der Ursprung der einzuführenden Schweine durch polizeiliche Ursprungszeugnisse nachgewiesen wird, in welchen die einzuführenden Schweine nach Stückzahl, Gattung (Race), Farbe, sowie nach etwaigen besonderen äußeren Kennzeichen thierärztlich genau bezeichnet werden und in denen ferner bescheinigt ist, daß die Thiere in Oesterreich-Ungarn aufgezogen sind, innerhalb der letzten 30 Tage vor ihrer Absendung nach Deutschland in einem zum Bezirke der attestirenden Amtsstelle gehörigen, bestimmt zu bezeichnenden Orte gestanden haben und mit ansteckenden Krankheiten nicht behaftet sind;

2) daß die Schweine an den Grenzeingangsstellen Oderberg, Szczakowa und Dziedzitz durch einen preußischen beamteten Thierarzt untersucht und kranke und verdächtige Thiere, sowie die mit denselben in Berührung gekommenen Thiere von der Weiterbeförderung ausgeschlossen werden;

3) daß die Schweine nach dem Passiren der Grenze in geschlossenen Eisenbahnwaggons, unter Vermeidung einer Umladung oder einer durch den Eisenbahnbetrieb nicht bedingten Transportverzögerung, sowie jeder Berührung mit anderem Vieh direct an den Bestimmungsort gebracht und in dem öffentlichen Schlachthause alsbald unter polizeilicher Controle abgeschlachtet werden. Sofern das Schlachthaus nicht in unmittelbarer Verbindung mit dem Eisenbahngleise steht, hat die Ueberführung in dasselbe mittelst gut schließender Wagen zu erfolgen.

* Das „Meißner Tageblatt" schreibt: Wir bedauern die gegenwärtige Höhe der Fleischpreise, die für die arme Bevölkerung — zu der wir die hochgelehrten Arbeiterschreier in den Großstädten selbstverständlich nicht rechnen — drückend ist; aber wir möchten nicht, daß die Heilung des Schadens an einer falschen Stelle versucht und das Loch lediglich mit Papier zugestopft wird. Für Jeden, der sich überhaupt überzeugen lassen will, steht nach den Erörterungen der letzten Zeit außer Zweifel, daß die hohen Fleischpreise ihre Ursache in der kümmerlichen Allgemeinlage unserer Landwirthschaft haben, die durch eine oder zwei geringe Futterernten gleich dermaßen zurückgeworfen wird, daß sie die Viehzucht erheblich einschränken muß. Nun ist richtig, daß der Schaden für die städtische Bevölkerung durch Aufhebung der Vieh- und Fleischzölle hätte gemindert werden können; eine solche einseitige Fürsorge für den Städter, deren Preis der vollständige Ruin unserer heimischen Viehzucht gewesen wäre, ist aber eine Forderung, wie sie nur der Gewissenlosigkeit des Agitators und politischen Gegners der conservativen Landwirthschaft in den Sinn kommen, aber nicht von einer einseitigen und alle Interessen der Staatsangehörigen mit gleichem Wohlwollen pflegenden Regierung erfüllt werden kann. Der jetzt beklagte Uebelstand kann also dauernd nur gehoben werden, wenn unsere Landwirthschaft gekräftigt und wenn sie insbesondere zu dem Entschluß gebracht wird, ihrer Viehzucht wieder den alten Umfang zu geben. Auf diesen Entschluß ist aber nicht zu rechnen, wenn die ohnehin nur mäßigen Vieh- oder Fleischzölle temporär dauernd aufgehoben und so die Fleischpreise mit einem scharfen Ruck zurückgeworfen werden; denn sieht der Landwirth in dem kritischen Augenblick der Entscheidung keine aus den derzeitigen Preisnotirungen gesteigerte Chance bei der Viehzucht, so bleibt es auch bei der alten Unlust und Entmuthigung. Läßt man ihm dagegen den Anfang eines guten Gewinnes oder doch die gute Hoffnung als Sporn, so tritt die angestrebte Rückwärtsbewegung der Fleischpreise im natürlichen Lauf der Entwickelung ganz von selbst ein. Wir geben auch wiederholt zu bedenken, daß Zölle leichter beseitigt oder erniedrigt, als wiedereingeführt oder erhöht sind. Die Fleischpreise sind zu ohnehin neuerdings theils bereits etwas heruntergegangen, theils steht ein Aufschwung der Versorgung des Bedarfs mit inländischem Vieh, zumal bei Schwarzvieh, jetzt in naher und sicherer Aussicht.

Milch-Conserven.

* Prof. Dr. Soxhlet schreibt in der „Münchener Medicinischen Wochenschrift" einen höchst beachtenswerthen Aufsatz, dem wir folgende, auch für unsere Leser interessante Ausführungen entnehmen:

Von allen Nahrungsmitteln thierischen Ursprungs ist die Milch am raschesten der Verderbniß unterworfen; schon eine geringe Menge gebildeter Milchsäure, die durch den Geschmack kaum wahrnehmbar ist, genügt, um die Milch beim Kochen zur Gerinnung zu bringen und sie für die meisten Zwecke des Verbrauchs ungeeignet zu machen. — Milchverbrauch und Milchgewinnung sind deshalb gegenseitig an geringe örtliche Entfernungen gebunden — eine Bedingung, die nicht überall erfüllt ist und nicht überall erfüllt werden kann. Schon die Verpflanzung der Milchviehhaltung aus ihrem natürlichen Productionsgebiete, dem Grasland, in die nächste Nähe oder gar innerhalb der Städte hat eine Gewinnungsweise der Milch zur Folge, welche hinsichtlich Erhaltung der Gesundheit der Thiere, Reinlichkeit und geeigneter Fütterung viel zu wünschen übrig läßt und zu geringeren Anforderungen an die Güte des Products zwingt. In vielen Ländern findet die Haltung von Milchvieh überhaupt nicht oder in unzulänglicher Ausdehnung statt — kurz, es giebt eine Reihe von Fällen, wo der Bezug von Milch unmöglich, oder wo der Bezug einer Milch, die berechtigten Ansprüchen hinsichtlich Frische, Gehalt und Gedeihlichkeit genügt, sehr erschwert ist. In solchen Fällen wird als Ersatzmittel für frische Milch eine gute Milchconserve sehr willkommen sein. Eine gute Milchconserve soll aber nicht allein als ein nothdürftiges Auskunftsmittel für völligen Milchmangel dienen, sondern auch den Vorzug vor einer schlechten frischen Milch beanspruchen können.

Eine Milchconserve, welche allen Anforderungen, die man an eine Conserve und an eine gute Milch stellen kann, vollkommen entspricht, ist die sterilisirte condensirte Milch ohne Zucker und ohne jeden Zusatz, wie sie in der Fabrik Schüttendobel bei Harbatzhofen in den bayerischen Algäuer-Alpen durch die Gesellschaft für diätetische Producte Th. Loeflund & Co. in Stuttgart seit einigen Jahren hergestellt wird. Ich kann für die hier ausgesprochene Beurtheilung und Empfehlung dieser Milchconserve deshalb einstehen, weil die Herstellung derselben unter der Leitung meines früheren langjährigen Assistenten und eifrigsten Mitarbeiters auf dem Gebiete der Milch-Chemie und Milch-Technik, Herrn Th. Henkel, erfolgt und weil ich mich durch fortlaufende Untersuchungen des Productes davon überzeuge, daß thatsächlich nach den von mir aufgestellten Principien strenge verfahren wird.

Das dort angewendete Verfahren besteht kurz gesagt in Folgendem: Die ganz frische Milch wird sofort mittelst der Centrifugalmaschine von dem nicht abseihbaren Milchschmutz gereinigt, in der Luftleere auf einen Trockensubstanzgehalt von möglichst genau 37 Procent eingedickt, die eingedickte Milch mittelst einer besonderen Meß- und Füllvorrichtung bis auf 1—2 Gramm genau in die Blechbüchsen eingefüllt und die verlötheten Büchsen im Sterilisator unter Dampfdruck erhitzt, d. i. sterilisirt und dauernd haltbar gemacht.

Die Algäuer condensirte, sterilisirte Milch ohne Zuckerzusatz wird also für alle Zwecke, wo eine Milchconserve überhaupt am Platze ist, am besten zu verwenden sein, nämlich für die Säuglingsernährung und die Ernährung Kranker, und zwar dort, wo frische Milch von guter Beschaffenheit nicht zu erhalten ist, oder wo es auf die Gleichmäßigkeit der Nahrungszufuhr besonders ankommt. Dann für die Verpflegung auf Schiffen, in den Tropen oder in Ländern, wo frische Milch fehlt, und schließlich für die Bereitung besonders nahrkräftiger Speisen, welche eine möglichst große Menge von Milchstoffen enthalten sollen (Backwaaren 2c.), in welch letzterem Falle die ohne Zuckerzusatz eingedickte Milch den beabsichtigten Zweck am vollkommensten zu erzielen ermöglicht.

Vermischtes.

— Aus Kissingen, 26. August, schreibt man dem „Schwäbischen Merkur":

Dem Vernehmen nach wird der Curaufenthalt des Fürsten Bismarck hier noch bis Ende d. M. andauern und der Fürst zunächst nach Varzin verreisen, um von dort erst nach Friedrichsruh zurückzukehren. Graf Herbert ist bereits nach Bad Homburg zum Besuch seiner Mutter abgereist. Am Sonntag waren zwei Schweizer, hiesige Curgäste (Stadtrath Schlatter und Oberstlieutenant Huber, beide aus Zürich), beim Fürsten zum Frühstück geladen. Außer ihnen beiden nahmen an dem Frühstück Dr. Schweninger und Chrysander Theil. Ueber die Neutralität der Schweiz im Fall eines neuen Krieges sagte der Fürst: Deutschland wird die Neutralität der Schweiz respectiren. Ob auch Frankreich, steht dahin. Bricht Frankreich die Neutralität, so hoffe ich, wird die Schweiz an unserer Seite sein und mit uns siegen. Die Schweizer Truppen sind nicht zu verachten, sie haben sich immer gut geschlagen und stehen fest im Feuer. Auf die ihm von den Schweizern vorgelegte Frage, was er von der schweizerischen Socialpolitik im Gegensatz zur deutschen halte, und ob er glaube, daß jene, welche durch Aufstellung des Arbeitersecretairs eine vermittelnde Haltung zwischen Arbeit und Capital anzubahnen suche, Aussichten auf Erfolg in Lösung der socialen Frage haben werde, erwiderte Fürst Bismarck: Für Ihre Staatsform mag das gehen, für die Monarchie geht es nicht. Die Monarchie giebt sich selbst auf, wenn sie sich auf die Arbeitermassen stützen will. Wir dürfen nicht mit Denen paktiren, die durch Streiks, durch Drohung mit Niederlegung der Arbeit u. A. einen Druck auszuüben suchen. Das ist wie eine Nebelwand; wenn man sich ihr nähert, dann weicht sie zurück und man greift ins Leere. Nach dem Dessert entwickelte der Fürst die Gründe, weshalb Deutschland keine Eroberungspolitik treiben wolle und könne, wobei er die sämmtlichen Nachbarstaaten Frankreich, Holland, Dänemark, die Ostseeprovinzen und Oesterreich, endlich auch die Schweiz Revue passiren ließ. Um ½2 Uhr hob der Fürst die Tafel auf und entließ die beiden Gäste in freundlichster Weise. Um 5 Uhr dieses Tages folgte Fürst Bismarck einer Einladung des Regierungs-Präsidenten Grafen Luxburg auf Schloß Aschach zum Essen; dazu waren auch u. A. geladen der deutsche Botschafter in Madrid, Frhr. v. Stumm, mit Gemahlin, Graf und Gräfin Henckel-Donnersmarck, derzeit Curgäste in Bad Kissingen. Ganz erstaunlich ist des Fürsten Frische und Elasticität. Er trägt seine 75 Jahre wie ein hoher Fünfziger. Seine Bewegungen z. B. bei Tafel sind von einer Sicherheit, Leichtigkeit und Anmuth, die einem jungen Cavalier Ehre machen würden. Die Kissinger fahren fort, ihn mit Huldigungen zu bestürmen, wo er sich auch nur zeigt. Auf die Bemerkung eines Herrn aus seiner Umgebung, ob ihm dies manchmal nicht lästig sei, sagte der Fürst: „Keineswegs. Die Leute meinen es gut mit mir." Mitunter wird es aber doch etwas viel. So z. B. lassen ihm namentlich die Photographen auf Spaziergängen keine Ruhe; letzthin näherte sich bei der obern Saline dem Fürsten ein Herr (Amerikaner), grüßte und streckte ihm die Hand entgegen. Als der Fürst ihm wohl oder übel die Hand reichte, schüttelte sie jener tüchtig und sagte: „So, nun kann ich drüben in Amerika erzählen, der größte Staatsmann Europas habe mir die Hand geschüttelt", verbeugte sich und verschwand.

— Die Stadt Tokaj, nach welcher der König der Ungarweine seinen Namen hat, ist durch eine gewaltige Feuersbrunst vernichtet worden. 450 Wohnhäuser, 4 Kirchen, sämmtliche Schulen, die Gasthäuser, das Rathhaus und andere öffentliche Gebäude sind niedergebrannt. Nur 13 Häuser sind stehen geblieben. Am Montag Mittag kam der Brand zum Ausbruch, ein rasender Sturmwind fegte über das Städtchen dahin und verbreitete das Feuer mit solcher Rapidität, daß alle Rettungsversuche vergeblich waren. Bis Dienstag dauerte die Feuersbrunst und wurde erst bewältigt, als es kaum noch Brennbares gab. Die Bevölkerung ist obdachlos und entbehrt der nothwendigsten Lebensmittel. Unglück auf Unglück häuft sich über den bedauernswerthen Ort und seine Bewohner. Die Phylloxera vernichtete die köstliche Rebe, untergrub den Wohlstand des Ortes wie der Umgegend, und Tokaj, eine kleine Stadt mit etwa 7000 Einwohnern, war seit Jahr und Tag im Niedergange. Nun ist es ein Raub der Flammen geworden, eine Kunde, die überall, wo der köstliche Wein gekannt war und gewürdigt wurde, mit schmerzlichem Bedauern vernommen werden wird. Der Tokajer Wein gedieh auf den nordwärts der Stadt gelegenen Tokajer Bergen. Der Gesammtertrag betrug in guten Jahren gegen 150 000 Eimer, die in 34 Sorten exportirt wurden, und zwar meistens durch Vermittelung der Tokaj-Hegyaljaer Weinbaugesellschaft. — Specialberichte melden noch:

Das Feuer entstand um die Mittagsstunde angeblich in Folge einer Unvorsichtigkeit in der Wattafabrik im Hardtak'schen Hause und verwüstete in zwei Stunden, von einem heftigen Sturmwinde angefacht, fast die ganze Stadt. Die katholische und die griechische Kirche, die Synagoge, die Reiner'sche Apotheke, mehrere Gasthäuser, sowie sämmtliche bis zur Keresztúrer Mauth reichenden Häuser